

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1951

147 (26.6.1951)

NEUESTE NACHRICHTEN

UNO-Präsident verhandelt mit Malik

Für die Aufnahme von Verhandlungen über Korea werden von den Alliierten Garantien gefordert

Washington (dpa/AP). Der Präsident der UNO-Vollversammlung, der Perser Entezam flog gestern abend von Washington nach New York, um mit dem sowjetischen UNO-Delegierten Malik über dessen Waffenstillstandsangebot zu verhandeln.

Zwischen Washington, Paris und London findet ein Gedankenaustausch über die Einstellung der Kampfhandlungen in Korea und die Wiederherstellung des Friedenszustandes statt.

Der UNO-Präsident Entezam erklärte, daß es eigentlich nicht schwierig sein sollte, von beiden Seiten einen Befehl zur Feuereinstellung in Korea zu erwirken. Er fügte hinzu, daß er optimistisch, vielleicht zu optimistisch sei.

Zwischen den Kanzleien in Washington, Paris und London findet zur Zeit ein lebhafter Gedankenaustausch über die Vorschläge des Moskauer UNO-Delegierten statt. Zu welchen Ergebnissen man bisher gekommen ist, wurde von offizieller Seite noch nicht bekanntgegeben. Man gibt jedoch zu erkennen, daß trotz der positiven Aufnahme der Anregung Maliks die Aufnahme von Verhandlungen über den Korea-Konflikt

und die Beendigung des Kriegszustandes von Garantien abhängig gemacht werden. Diese Garantien sollen verhindern, daß ein Waffenstillstand nur zu einer vorübergehenden Waffenruhe wird, die dem Gegner für eine ungehinderte Reorganisation seiner angeschlagenen Streitkräfte und ihrer Bereitstellung für einen neuen Angriff dienen würde.

Truman stellt Bedingungen

Präsident Truman hat gestern anlässlich der Einweihung einer Luftfahrtforschungsanstalt den Vorschlag des sowjetischen UNO-Delegierten über einen Waffenstillstand in Korea mit der Erklärung beantwortet, die Vereinigten Staaten seien nach wie vor bereit, an einer friedlichen Beilegung des Konfliktes mitzuwirken. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß der Aggressor ein vollständiges Ende bereitet und Korea wieder Frieden und Sicherheit gebracht würden.

Der rotchinesische Rundfunk und die Presse des kommunistischen China brachten gestern den Vorschlag Moskaus in großer Aufmachung. Eine Stellungnahme Pekings wurde bisher jedoch nicht veröffentlicht.

Hilfe für Nationalchina

Taipeh (Formosa) (dpa). Die USA teilten gestern mit, daß sie den nationalchinesischen Streitkräften auf Formosa Militärhilfe im Wert von 20 Millionen Dollar gewähren werden, die der nationalchinesischen Regierung über die ECA zugeleitet werden sollen.

Lübke neuer Ministerpräsident

Kiel (AP/dpa). Der CDU-Vorsitzende Landrat Friedrich Wilhelm Lübke wurde gestern zum neuen Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins gewählt. Die ersten zwei Wahlgänge waren erfolglos. Schließlich erhielt er im dritten Wahlgang 28 Stimmen und obwohl dagegen 37 Neinstimmen standen, wurde er gewählt, weil keine Gegenkandidaten aufgestellt waren und er als einziger die meisten Stimmen auf sich vereinigte.

Hinter dem neuen Ministerpräsidenten steht nur noch die Wahlblockfraktion (CDU/FDP/DP). Der BHE hat sich aus der Regierungskoalition zurückgezogen. Der BHE-Vorsitzende Finanzminister Waldemar Kraft beichtigte die Wahlblockpolitik des Wortbruchs. Er wolle einen dicken Strich ziehen zwischen den Politikern der CDU, die bisher die Arbeit der Landesregierung systematisch untergraben hätten, und den BHE, die mit einer sozialen Auffassung aufräumen, wie sie sich in der Dreimarkzulage für Soforthilfeempfänger offenbare. Kraft kritisierte auch sehr scharf den Bundesflüchtlingsminister Lukaschek.

Schwimmkran im Sturm gesunken

Auf der Überfahrt von Flensburg nach Dänemark

Hamburg (AP). Ein riesiger Schwimmkran, der der größte Westeuropas sein soll, ist gestern morgen sechs Meilen vor der dänischen Küste im Sturm in der Nordsee gesunken.

Wie Hamburgs Schiffsbehörden mitteilen, soll ein Ertrunkener der angeblich zwölfköpfigen Besatzung von einem französischen Schlepper geborgen worden sein, die den Kran um die dänische Küste von Flensburg nach Dänemark abschieben wollten. Zwei weitere Besatzungsmitglieder seien von dem französischen Schlepper „Champion“ gerettet worden und befänden sich gegenwärtig auf dem Wege zur deutschen Küste. Über das Schicksal der übrigen ist bisher nichts bekannt. Aus Dänemark wurde demgegenüber gemeldet, daß bei dem Unglück keine Menschen ums Leben gekommen seien.

Schiffsbehörden in Flensburg, wo der Kran am vergangenen Donnerstag abgehoben war, teilten mit, daß sich wahrscheinlich mehr als zwölf Personen an Bord befänden. Außer fünf deutschen Ingenieuren, die einen Kontrakt mit der französischen Marine unterzeichnet hätten, um in Frankreich an dem Kran

Bauernaufuhr in Ägypten

Kairo (AP). Tausende wütender Bauern stürmten mit Knütteln, Steinen und Gewehren bewaffnet den Hof eines reichen Pachtherrn in Talkha nördlich von Kairo, brannten das Haus des Verwalters und mehrere Scheunen nieder und schlugen sich stundenlang mit der Polizei und dem Hofpersonal herum.

Nach Pressemeldungen wurden ein Bauer getötet und 18 weitere verletzt. Die Bauern waren mit der Weizenmenge, die sie als Pacht abliefern sollen, nicht einverstanden.

Friedensvertrag für Japan im September?

Tokio (AP). Ein Friedensvertrag für Japan, der dem Lande die Wiederbewaffnung erlauben und ihm keine Beschränkungen oder Bestrafungen auferlegen würde, würde voraussichtlich bis zum 1. September unterzeichnet werden, erklärte der politische Sachverständige der amerikanischen Außenministerien, John Allison, gestern in einer Pressekonferenz in Tokio.

Allison ist enger Mitarbeiter des Sonderbeauftragten für den japanischen Friedensvertrag, John Foster Dulles. Der erste Entwurf des Vertrages sei bereits unter Mitwirkung aller

interessierten pazifischen Länder fertiggestellt worden. Alle Staaten, die sich noch im Kriegszustand mit Japan befänden, würden eingeladen werden, den Vertrag zu unterzeichnen.

Über die Bedingungen des Vertrages sagte Allison, Japan solle keinen Beschränkungen in der Wiederaufrüstung, den Fischereirechten, der Schifffahrt oder dem Handel unterliegen. Solche Beschränkungen seien nicht nur nutzlos, sondern schädlich.

Deutsche Handelsmission in Argentinien

Buenos Aires (AP). Eine sechs Mann starke Handelsdelegation der deutschen Bundesrepublik unter Führung von Dr. Günther Seeliger ist am Montag auf dem Luftwege in Buenos Aires einetroffen, um ein neues Handelsabkommen mit Argentinien abzuschließen.

Die Vorarbeiten für den Vertrag wurden in mehrtägigen Verhandlungen zwischen einer deutschen Sachverständigengruppe und Vertretern der argentinischen Regierung in Buenos Aires geleistet. Argentinien hat sich besonders an deutschen Landwirtschaftsmaschinen und anderen technischen Ausrüstungen interessiert gezeigt.



Wo liegt Abadan? Bei dem bekannten Ölkonflikt geht es um die Ausnutzung der in unserer Darstellung karrierten Erdölfelder und Raffinerien. Abadan am Persischen Golf gehört de facto zu Persien, der Irak erhebt jedoch auch Anspruch. Im Bereich des auf unserer Karte gezeigten Abschnittes verfügt Großbritannien auf Cypern, in der Suez-Kanal-Zone und in Habbaniyah über militärische Stützpunkte. In Habbaniyah ist ein Groß-Flughafen. (dpa)

Das Bonner Parlament wird stärker

A. R. Regierung und Regierungsparteien sind in den letzten Wochen in eine sehr enge Tüchlein getreten, die eine neue Phase der parlamentarischen Arbeit eingeleitet hat.

Der übliche Weg der Gesetze von der Ausarbeitung in den Ministerien über die Beschlussfassung des Kabinetts zur Vorlage an das Parlament hat zu oft zu Mißgeschick für die Regierungsvorlagen im Parlament geführt, so daß die Regierung jetzt schon vor ihren endgültigen Beschlüssen eine Verständigung mit den Mehrheitsparteien erstrebt, um im Bundestag keinen unliebsamen Überraschungen ausgesetzt zu sein. So sitzen nun nicht selten die Vertreter der Regierungsparteien mit den Ministern in der Kabinettsitzung zusammen und in den letzten Wochen sind die Fraktionsvorsitzenden der CDU, der FDP und der Deutschen Partei fast tägliche Gesprächspartner des Kanzlers, des Vizekanzlers und der Minister für Finanzen, Wirtschaft und Ernährung in langwierigen Verhandlungen über neue Steuern, neue Maßnahmen für die Landwirtschaft und für die Wirtschaft insgesamt geworden.

Diese Besprechungen haben ein bemerkenswertes Ergebnis gezeitigt. Das parlamentarische Element hat sich gegenüber dem gouvernementalen durchgesetzt. Nicht weniger als drei Minister haben ihre Pläne auf den Widerspruch der Parlamentarier hin revidieren müssen. Der Finanzminister mußte auf seine Sonderumsatzsteuer, der Ernährungsminister auf den Plan der Wiedereinführung des Getreideablieferungszwanges, der Wirtschaftsminister oder genauer gesagt, das Wirtschaftsministerium auf die Bewirtschaftung von Kohle und Eisen verzichten. Alle diese drei Minister gehören der CDU-Fraktion an; dennoch verschloß sich ihre Fraktion ihren Plänen, wie auch die FDP-Fraktion. Nein sagte, obwohl ihre Vertreter im Kabinettsitzung ihren Kollegen gegenüber dieses Nein nicht oder zumindest nicht in dieser Deutlichkeit gesagt hatten.

Es hat sich gezeigt, daß Kabinettsitzung und Koalition keineswegs von vornherein identisch sind, obwohl das Kabinettsitzung der Koalition entstammt. Die Sprecher der CDU haben großen Wert auf die Versicherung gelegt, daß die Vertreter der Koalitionsparteien bei diesen Verhandlungen immer im allgemeinen die gleiche Auffassung vertreten haben und von keinem Gegensatz zwischen CDU und FDP die Rede sein konnte. So erweist sich, daß der parlamentarische Sektor der Koalition in geschlossener Front gegen ihren Regierungskollegen, das Kabinettsitzung, stand und diese Verhandlungen zum Ringen zwischen Kabinettsitzung und Koalition wurden, in dem das Parlament der stärkere blieb.

Dieses Gewicht des Parlaments ist die interessante Erscheinung dieser Verhandlungen geworden, deren zweites Merkmal der Widerstand der Regierungsparteien gegen eine Rückkehr der Bewirtschaftung wurde. Es war nicht nur die FDP, es war auch die CDU, wie ihre Sprecher unterstrichen, die von neuen „Hofkontrollen“ und Bezugscheinen für Stahl nichts wissen wollte und statt der Verteilung des Mangels die Überwindung des Mangels durch Mehrzeugung vorschlug. Die Forderung der Freien Demokraten allerdings, durch Freigabe der Getreidepreise unter Subventionierung des Konsumbrottes das tägliche Brot auf dem deutschen Tisch zu sichern, ist noch nicht Grundstap der Koalition im ganzen geworden und auf dem finanziellen Gebiet werden die Ablehnung der Autobahnsteuer und jeder Luxussteuer, die über 50 Millionen hinausgeht, welche die Freien Demokraten ausgesprochen haben, von ihren Koalitionspartnern nicht geteilt. So stehen noch schwierige Themen für die letzten Koalitionsbesprechungen Mitte dieser Woche an; aber auch in diesen wird die Entscheidung im Grund zwischen den Trägern der Koalition und nicht von der Regierung aus fallen.

Diese entscheidende Stellung der Koalitionsparteien verstärkt noch die Bedeutung des Zusammenhalts der Koalition für die weitere innenpolitische Entwicklung. An diesem Punkt jedoch ist der seltsame Umstand zu verzeichnen, daß die Koalitionspartner zwar das gleiche gewollt haben, aber dennoch eine starke Verstimmung zwischen CDU und FDP aufgekommen ist. Die Erklärung der Freien Demokraten, daß die Ablehnung der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen eine Koalitionsfrage bedeuten werde, ist in den Kreisen der CDU als der Versuch des Partners aufgefaßt worden, die Abwendung dieser Projekte der Drohung eines Austretens aus der Koalition und damit ihrer Energie zuzuschreiben, während doch auch die CDU von vornherein und keineswegs unter einem Druck der FDP sich gegen diese Vorschläge gewandt habe. Es wird in CDU-Kreisen ziemlich deutlich gesagt, daß in Wirklichkeit weite Teile der Freien Demokraten anscheinend einen guten Absprung in die Opposition suchen würden, und man kann in der Tat dabei auf die Haltung vor allem der FDP in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und zum Teil vielleicht auch in Hessen hinweisen. Wie dem aber auch sei, muß dieser Verdacht schon zu Spannungen führen. Trotzdem bedeutet die auf beiden Seiten schon gefallene Bemerkung von der Möglichkeit einer Minderheitsregierung von CDU und Deutscher Partei in Bonn keineswegs schon ein Programm oder eine Perspektive der nahen Zukunft.

Neues in Kürze

Tokio (AP). Am ersten Jahrestag des Kriegsausbruchs haben sich an der Koreafront keine größeren Kampfhandlungen entwickelt. Von der erwarteten kommunistischen Offensive war noch nichts zu bemerken.

Penang (AP). Der neue Kanzler des siamesischen Konsulats in Penang, Nai Prasong, ist am Sonntag während einer Festlichkeit im Konsulat ums Leben gekommen. Der bisherige Kanzler Nau Charat führte seinem Nachfolger einen geladenen Revolver vor, als sich ein Schuß löste, der Prasong tödlich traf.

Hongkong (AP). Die kommunistischen Behörden in China haben kürzlich in Tientsin einen holländischen katholischen Priester verhaftet und beschuldigt, die kommunistisch beeinflusste neue Kirche durch die Versendung von Drohbrieffen und Messen sabotiert zu haben.

Tel Aviv (AP). Israel und die Schweiz haben am Montag die diplomatischen Beziehungen aufgenommen. Der bisherige schweizerische Geschäftsträger in Wien, Otto Seifert, wurde zum Vertreter der Schweiz in Israel ernannt, wäh-

rend der bisherige israelische Generalkonsul in Zürich, Samuel Tolikowski, zum bevollmächtigten Gesandten in Bern ernannt wurde.

Bonn (AP). Verhandlungen über die Verlängerung des am 31. Juli ablaufenden deutsch-französischen Handelsabkommens sind gestern zwischen Vertretern der Bundesrepublik und Frankreichs aufgenommen worden.

Bonn (dpa). Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard wird am kommenden Freitag seine seit langem geplante Reise nach den Vereinigten Staaten antreten, um dort wirtschaftliche Besprechungen vor allem über die internationale Rohstoffpolitik zu führen.

Stuttgart (BNN). Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am Montag beschlossen, die Bundesregierung zu bitten, im Hinblick auf den Termin zur Volksabstimmung in Württemberg-Baden am 16. September und auf die vom Land Baden (Südbaden) eingereichte Verfassungslage das Bundesverfassungsgericht mit größtmöglicher Beschleunigung zu konstituieren.

